Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

36 (12.2.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 36 — **Freitag, den 12. Februar 1932** — **103. Jahrgang**

Die neue Großbank

Vor der Liquidierung des 13. Juli

Sieben Monate sind vergangen, seit am 13. Juli im Anschluß an die Schalterschließung der Danat-Bank sämtliche deutschen Banken und Sparkassen durch die Einführung zwangsmäßiger Bankfeiertage vor einem Run ihrer Kunden geschützt werden mußten. Inzwischen ist eine so weitgehende Beruhigung eingetreten, daß alle Gefahren als beseitigt gelten können. Das zeigt sich am deutlichsten in der Entwicklung der Sparkassen. Von Monat zu Monat sind die Abhebungen zurückgegangen. Wenn diese auch die Neueinzahlungen übertrafen, so ist dafür nicht allein die allgemeine Beunruhigung als Grund heranzuziehen, sondern infolge der Wirtschaftskrise sind Millionen von Sparern gezwungen, Abhebungen zu machen.

Um einen völligen Zusammenbruch der Wirtschaft zu verhindern, ist das Reich den in Not befindlichen Banken zu Hilfe gekommen. Für die Danat-Bank genügte eine Reichsgarantie für sämtliche Einlagen. Kurz danach stellte sich heraus, daß auch die Dresdener Bank stützungsbedürftig war. Hier ist das Reich durch Uebernahme von 300 Millionen Vorzugsaktien eingesprungen.

Obwohl vorläufig noch keine Klarheit besteht, wie die Welt aus der schweren Wirtschaftskrise herauskommt, unter der von allen Staaten Deutschland am schwersten leidet, geht es natürlich nicht an, daß das Provisorium, das nach dem 13. Juli geschaffen wurde, noch länger bestehen bleibt. Das Reich muß unbedingt von den übernommenen Verpflichtungen befreit, bezw. müssen diese auf bestimmte Summen begrenzt werden. Vielfach wurde behauptet, daß in Deutschland das System der Privatbanken versagt habe und daß man zwangsläufig zum Staatskapitalismus übergegangen sei. Den tatsächlichen Verhältnissen entspricht dies nicht. Die schwere Wirtschaftskrise ist zum Teil politisch bedingt, und gerade jetzt wurde anläßlich der Genfer Abrüstungskonferenz darauf hingewiesen, daß ein Ausweg aus der Not nur dann zu erwarten sei, wenn es gelingt, durch vernünftige politische Abmachungen das so schwer gestörte Vertrauen wiederherzustellen.

Die Schwierigkeiten der großen deutschen Banken sind durch eine Entwicklung hervorgerufen worden, die nur zum Teil auf Fehlinvestitionen entliehener Kapitalien beruht. Das System als solches ist durch die ungewöhnliche Entwicklung nicht widerlegt worden. Es liegt nicht im Sinne der Regierung, zu einem Staatskapitalismus überzugehen; denn mit ihm sind auch große Gefahren für das Reich verbunden, weil es untragbare Risiken übernehmen müßte, die einmal zu schweren Katastrophen führen können. Das ist auch der Hauptgrund, weshalb nun endlich ein Schlußstrich unter die Vorgänge des 13. Juli gezogen werden sollen.

Viele Projekte sind in den sieben Monaten aufgetaucht und als undurchführbar wieder beiseite gelegt worden. Man hat sich jetzt offenbar darauf geeinigt, **eine Fusion zwischen der Dresdener Bank und der Darmstädter- und Nationalbank vorzunehmen,** über deren Modalitäten noch verhandelt wird. An der Ausführung dieses Projektes ist kaum noch zu zweifeln. Vor allem dürfte der Plan, die Danatbank mit der Commerzbank zu vereinigen, endgültig fallen gelassen worden sein.

Die Vereinigung der beiden großen D-Banken wird nun nicht etwa in der Weise vorgenommen werden, daß zwei „Krüppel" zusammen das neue Institut bilden sollen, sondern vorher wird eine große Generalbereinigung vorgenommen werden müssen. Wie hoch die Verluste der Danat-Bank und der Dresdener Bank in Wirklichkeit sind, läßt sich im Augenblick gar nicht abschätzen, weil es nicht allein auf die effektiven Verluste ankommt, sondern wie weit Zahlungen auf die eingefrorenen Kredite zu erwarten sind. Man braucht die Lage der beiden Banken nicht übermäßig pessimistisch zu beurteilen; denn schließlich hängt die Endhöhe der Verluste von der gesamten Entwicklung der Wirtschaftslage ab. Um aber eine Generalbereinigun vornehmen zu können, wird das Reich mit einem erheblichen Betrag einspringen müssen. Diese Summe wird allerdings dem neuen Institut nicht geschenkt werden, vielmehr wird ein Teil späterer Gewinne zu einer langfristigen Abzahlung herangezogen werden.

Als Ergebnis der Bankschwierigkeiten vom 13. Juli bleibt demnach übrig, daß dem Großkonzern der De-Di-Bank nun der der Dresdener und Danat-Bank gegenübersteht. Durch entsprechende Bestimmungen wird allerdings dafür Vorsorge getroffen werden, daß nicht zu hohe Risiken übernommen werden, die für die Großbanken, wie die Entwicklung der letzten Zeit beweist, eine schwere Gefahrenquelle bedeuten.

Sehr bedauerlich ist, daß bei der Bankenfusion wahrscheinlich wieder eine große Zahl von Arbeitskräften entlassen werden muß. Die Dresdener Bank hat zur Zeit 6600 Angestellte, die Danat-Bank etwa 7600. Da es sicher zur Zusammenlegung von Filialen kommen dürfte, wird es unvermeidlich sein, Entlassungen vorzunehmen. Deshalb hat in den Angestelltenkreisen eine begreifliche Unruhe Platz gegriffen. Man wird sich bemühen, durch schonendste Behandlung alle Schärfen soweit es geht zu vermeiden.

Wie die neue Bank heißen wird, ist noch nicht sicher. Entweder verschwindet die Danatbank ganz oder sie wird von der Dresdener Bank mit aufgenommen. Jedenfalls steht nunmehr der De-Di-Bank die De-Da-Bank gegenüber.

Die Abrüstungsaussprache

Der Belgier Hymans für Frankreich

Genf, 11. Febr. In der Donnerstag-Sitzung der Abrüstungskonferenz sprach als erster Redner **der belgische Außenminister Hymans.** Die Tendenz seiner Rede ergibt sich aus den einleitenden Sätzen: Belgien hat sich in doppelter Absicht auf die Konferenz begeben: **mitzuarbeiten an einer internationalen Verständigung für die Begrenzung oder Herabsetzung der Rüstung und zu wachen über seine Sicherheit.** Wenn Belgien auch besondere Garantien in dem Rheinpakt findet, so weiß es jedoch, daß jeder Konflikt politische, wirtschaftliche und soziale Verwicklungen herbeiführen würde, unter denen Belgien zu leiden hätte. **Belgien will die militärischen Werkzeuge behalten, die ihm zur Verteidigung seiner Unabhängigkeit im Falle der Bedrohung oder des Angriffes unentbehrlich sind. Hymans sprach seine volle Zustimmung zu den französischen Vorschlägen aus und hob besonders das Verbot der schweren Angriffswaffen, des chemischen Krieges und den Schutz der Zivilbevölkerung, sowie die Schaffung einer internationalen Rüstungskontrolle hervor.** Belgien lege an seinen Grenzen Verteidigungswerke an, die zum Schutze seines Gebietes bestimmt seien. Es sei wiederholt der Schauplatz großer Kriege gewesen. Belgien habe die Pflicht, die notwendigen Vorkehrungen gegen die Rückkehr solchen Unheils zu treffen. Hymans entwickelte hierauf ausführlich den Gedanken, daß die **Sicherheitsfrage mit der Abrüstung eng verbunden sei,** um zu dem Ergebnis zu gelangen, daß für die besonders exponierten Länder wie Belgien, noch keine ausreichende Sicherheit bestehe. Die Herabsetzung der Rüstungen wäre gewiß ein Grund zur Entspannung, Befriedung, aber man dürfe nicht verkennen, daß die materielle Abrüstung nur Hand in Hand mit der moralischen Abrüstung möglich sei. Die Organisierung des Friedens sei nicht nur ein politisches und juristisches Werk, sondern eine großzügige, psychologische Leistung. Hymans sagte zum Schluß, ein eigenartiger Widerspruch wolle es, daß gerade in dem Augenblick, wo man die Notwendigkeit der Organisierung des politischen Friedens verkünde, man den Wirtschaftskrieg organisiere.

Litwinows Abrüstungsforderungen

Der **russische Volkskommissar Litwinow** wiederholte den **Vorschlag der allgemeinen Abrüstung,** erklärte aber daß die Sowietdelegation nicht die Alternative stelle „Nichts oder alles." Er machte dann im Sinne verschiedener seiner Vorredner **konkrete Vorschläge für die Abschaffung gewisser schwerer Angriffswaffen.** Nach Auffassung der sowietrussischen Delegation könnten die Abrüstungsforderungen der Völker nicht durch die Stabilisierung oder durch eine unbedeutende Herabsetzung der Rüstungen oder der Militärbudgets erfüllt werden, sondern **nur durch ein Mittel zur Beendigung des Krieges.** Die Sowietregierung habe wiederholt den Vorschlag einer allgemeinen, völligen Abrüstung als einziges Mittel zur Abschaffung des Krieges gemacht. **Weder die bestehenden Pakte und Organisationen, noch die Begrenzung der Rüstungen könnten den Krieg verhindern.**

Die Formel der Sowietdelegation laute „Sicherheit gegen den Krieg". Damit unterscheide sich der sowietrussische Sicherheitsbegriff von dem der anderen Delegationen. Viele verstünden unter Sicherheit ein Höchstmaß an Aussicht zur Gewinnung eines aufgezwungenen Krieges.

Litwinow ging als erster Redner ausführlich auf die französischen Vorschläge ein, selbstverständlich um zu einer völligen Ablehnung zu gelangen. Die französischen Vorschläge seien nur eine Konkretisierung des Genfer Protokolls, das den Völkerbund sieben Jahre lang ergebnislos beschäftigt habe. Sich auf dieses Bemühen zu versteifen, würde unter den gegenwärtigen Umständen **einen Rückschritt** bedeuten, der die Abrüstungsfrage um weitere Jahre oder Jahrzehnte zurückwerfen würde. Ausführlich beschäftigte Litwinow sich mit dem französischen Vorschlag einer **internationalen Armee.** Wer bürge dafür, daß bei dem Vorhandensein des nationalen Egoismus eine internationale Armee nicht im Interesse dieses oder jenen Staates eingesetzt wird, der sich innerhalb des internationalen Organismus mit Hilfe von Sonderbündnissen, Ententen und Abkommen die Vorherrschaft gesichert habe? „Ich lasse", so sagte Litwinow, „diese Frage beiseite ob **man von der Sowietunion verlangen kann, daß sie die Sorge um ihre Sicherheit und einen Teil ihrer Truppen einem internationalen Organismus anvertraue, dessen ungeheure Mehrheit aus Staaten bestehen würde, die ihr offen feindlich gesinnt sind und die aus Feindschaft keine Beziehungen mit ihr unterhalten. Man kann vielmehr erwarten, daß die Arbeiter und Bauern der Sowietunion glauben, daß die Schaffung einer internationalen Armee unter den gegenwärtigen Umständen nur eine Bedrohung ihres Landes bedeuten kann.**

Die Sowietdelegation wird durch diese Tatsachen in ihrer Ueberzeugung gestärkt, daß der einzige und unfehlbare Weg zur Lösung des Problems der Organisierung des Friedens, des Problems der Verhinderung des Krieges und des Problems der Sicherheit für alle Völker **der von ihr empfohlene Weg einer völligen und allgemeinen Abrüstung ist.** Der Gedanke der allgemeinen völligen Abrüstung unterscheide sich vorteilhaft von allen anderen Plänen durch seine Einfachheit, seine leichte Durchführbarkeit und die Leichtigkeit der Kontrolle seiner Durchführung.

Die Sowietdelegation sei jedoch nicht in der alleinigen Absicht hierher gekommen, ihren Vorschlag einer allgemeinen völligen Abrüstung zu wiederholen oder die Konferenz vor die Alternative zu stellen: Völlige Abrüstung oder nichts. **Die Sowietdelegation werde bereit sein, jeden Vorschlag zu erörtern, der auf eine Herabsetzung der Rüstungen ausgehe. Die Sowietdelegation betrachte den Konventionsentwurf als vollkommen ungenügend und werde ihren eigenen Plan einer partiellen Rüstungsherabsetzung vertreten, den sie jedoch lediglich als eine erste Etappe zur allgemeinen Abrüstung betrachte.**

Die **Vorschläge der Sowietdelegation** für das völlige Verbot der agressiven Rüstungskategorien blieben auch für die jetzige Konferenz in Kraft. Sie umfaßten insbesondere 1. Panzerwagen und schwere weittragende Artillerie, 2. Schiffe mit über 10 000 Tonnen Wasserverdrängung, 3. Schiffsartillerie mit einem Kaliber von über 12 Zoll, 4. Flugzeugmutterschiffe, 5. Militärluftschiffe, 6. schwere Bombenflugzeuge, alle lagernden Fliegerbomben und alle durch Luftfahrzeuge zu befördernden Zerstörungsmittel, 7. alle Apparate und Vorrichtungen zum Angriff mit chemischen, bakteriologischen oder Brandwerkzeugen.

Die Sowietdelegation werde die Gleichberechtigung aller Konferenzteilnehmer und gleiche Sicherheit für alle Länder verlangen.

Am Schluß seiner Rede machte Litwinow unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit bemerkenswerte Ausführungen über **die politische Lage seines Landes.** Rußland, so erklärte er, befindet sich in einer bedrohteren Lage als jedes andere Land. Seit 14 Jahren sei es unerhörten Verleumdungen und Lügenfeldzügen ausgesetzt. Bis heute verhehlten eine große Anzahl von Staaten ihre Feindseligkeit gegenüber Rußland nicht. Die Sowietdelegation werde eine Entschließung in dem Sinne vorlegen, **daß das Ziel der Konferenz nicht anders als durch eine allgemeine völlige Abrüstung gelöst werden könne.**

Rede des schwedischen Delegierten

Genf, 11. Febr. Nach Litwinow sprach der **schwedische Außenminister von Ramel.** Die allgemeine Zunahme der Rüstungsausgaben besonders für den Ausbau der Luftflotten, sagte er, sei unverkennbar. Schweden sei im Sinne der französischen Vorschläge **für die Ausstattung des Völkerbundes mit materieller Macht zur Durchführung seiner Beschlüsse. Voraussetzung sei aber ein besonderer Ausgleich zu den Rüstungen der einzelnen Staaten und eine politische Annäherung der Hauptmächte, insbesondere eine Lösung der Reparations- und Schuldenfrage.** Der schwedische Außenminister unterstrich den vorläufigen und unzulänglichen Charakter des Konventionsentwurfes.

*

Echo der englischen Presse

Zur Grandi-Rede

London, 11. Febr. Die Rede Grandis wird von der Presse mit Wärme begrüßt, während die Ausführungen der Wortführer Japans und Polens wenig Beachtung finden. Der Genfer Korrespondent des **„Daily Telegraph"** sagt: Grandis Rede war die konkreteste, die bisher gehalten wurde. Kein Wortführer irgendeiner Delegation hat das Gebiet der „qualitativen Rüstungsbegrenzung" so umfassend und so kategorisch bezeichnet, wie er. Die bestimmte, aber nicht herausfordernde Art, mit der er die heikle Frage der Gleichheit der Rüstungen behandelte, und die praktische Anwendung der Völkerbundssatzung bei Vorhandensein eines Regimes der Ungleichheit als unmöglich bezeichnete, hat Bewunderung erregt.

Der Genfer Korrespondent der **„Times"** sagt: Der Beifall, der Grandi gespendet wurde, galt in erheblichem Maße seiner Erklärung, daß alle Nationen gleichberechtigt sein müssen. „Times" sagt, Grandi habe wie Dr. Brüning Gleichberechtigung für alle Nationen und Herabsetzung der Rüstungen auf das niedrigste Niveau verlangt. Diese Forderung sei in keiner Weise unverträglich mit Sicherheit. Das Verlangen Deutschlands nach Beseitigung der Ungleichheit sei natürlich und vernünftig und führe zur wahren Sicherheit.

Die französische Presse

Paris, 11. Febr. Mit der Rede Grandis auf der Abrüstungskonferenz ist man in Paris nicht zufrieden. Das bringt in prägnanter Weise der Außenpolitiker des **„Echo de Paris"** zum Ausdruck, der erklärt, Grandi habe die Rede gehalten, die Brüning nicht zu halten wagte. Das Schwarzhemd habe wie ein Braunhemd gesprochen.

Der Außenpolitiker des **„Petit Parisien"** urteilt: Der Erfolg des italienischen Außenministers ist groß und verdient gewesen. Vom dialektischen Standpunkt gesehen, ist in der Tat die Beweisführung Grandis fast unangreifbar. Unsere Logik bäumt sich dagegen auf, daß in einer Stadt ohne Gendarmen und in der niemand sich gegenseitig hilft, das beste Mittel gegen die Gefahr darin bestehen soll, seinen Revolver wegzuwerfen. Mit derartigen Meinungsverschiedenheiten schon bei Beginn der gemeinsamen Weges wird man zweifellos nicht lange zusammenarbeiten können.

*

Vor weitgehenden deutschen Abrüstungsvorschlägen.

T.U. **Genf,** 11. Febr. Die Einreichung der deutschen Abrüstungsvorschläge, die der Reichskanzler Dr. Brüning in seiner Dienstagrede angekündigt hat, steht unmittelbar bevor. Die deutsche Abordnung hat bereits den Präsidenten Henderson ersucht, auf die Tagesordnung der nächsten Tage eine diesbezügliche deutsche Erklärung zu setzen. Die Vorschläge stellen ein umfangreiches Programm dar, das in einzelnen Punkten die praktischen Vorschläge zu den einzelnen Rüstungskategorien enthält. Sie sind grundsätzlich auf die Deutschland im Versailler Vertrag auferlegten Entwaffnungsbestimmungen aufgebaut, enthalten jedoch eine Reihe elastischer Bestimmungen, die eine Berücksichtigung der Interessen der kleineren neutralen Staaten ermöglichen. Es kann angenommen werden, daß in dem Programm die vollständige Abschaffung der Hauptangriffswaffen, insbesondere der Großkampfschiffe, Tanks, Unterseeboote, Bombenflugzeuge, Gas- und chemischen Angriffswaffen gefordert wird. Ferner wird in dem deutschen Programm die Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht, Herab-

setzung des Rüstungsstandes auf ein Mindestmaß, weitgehende Herabsetzung der effektiven Truppenbestände, Erfassung der ausgebildeten Reserven, wesentliche Einschränkung des gesamten aktiven u. lagernden Kriegsmaterials vorgeschlagen werden. In der Frage der Herabsetzung der Heeresausgaben wird grundsätzlich die Abrüstung auf der Grundlage der direkten Methode der Beschränkung der Rüstungen gefordert und die bisher im englisch-französischen Abkommensentwurf vorgesehene Herabsetzung der Rüstungen auf dem Wege der Herabsetzung der Heeresausgaben als völlig ungenügend abgelehnt. Ferner wird erklärt, daß die deutsche Regierung grundsätzlich bereit sei, alle Vorschläge auf dem Gebiete der Luftfahrt zu prüfen. Bestimmungen politischen Charakters sind in dem Programm nicht enthalten, da der Reichskanzler bereits in seiner Rede vor der Abrüstungskonferenz den deutschen Rechtsanspruch auf Gleichberechtigung mit sämtlichen übrigen Mächten in der Abrüstungsfrage vorgebracht hat. In dem Programm wird ferner auf die Note, die die deutsche Regierung während der Versailler Verhandlungen im Jahre 1919 den alliierten Mächten übermittelt hat, hingewiesen, in der auf die von den alliierten Mächten übernommene Verpflichtung hingewiesen wird, nach der Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht in Deutschland, auch ihrerseits ihr Dienstpflichtsystem zu ändern.

Samstag Völkerbundsrat über Memel

Genf, 11. Febr. Der Völkerbundsrat wird nunmehr voraussichtlich am Samstag zu einer Sitzung zusammentreten, um zu dem Memel-Konflikt Stellung zu nehmen. Bis heute war vorgesehen, daß die Sitzung am Freitag stattfinden solle, und zwar auch dann, wenn bis dahin ein Vertreter Litauens nicht anwesend sein sollte. Nunmehr wird bekannt, daß der litauische Außenminister Zaunius heute dem Generalsekretär des Völkerbundes telegraphisch mitgeteilt hat, er werde in der Nacht von Freitag zum Samstag in Genf eintreffen. Daraufhin hat der Generalsekretär im Benehmen mit dem Präsidenten des Völkerbundsrates sich entschieden, die für Freitag vorgesehene Sitzung am Samstag abzuhalten.

*

Neue deutsche Note in der Memel-Angelegenheit an den Völkerbund

Genf, 11. Febr. Staatssekretär von Bülow hat heute vormittag eine neue Note an den Generalsekretär des Völkerbundes geschickt, worin er **die neuesten Rechtsbrüche im Memelgebiet zur Kenntnis des Völkerbundes bringt.** Die deutsche Regierung wiederholt in dieser Note ihren Antrag, daß der Völkerbundsrat in Anbetracht der Dringlichkeit der Angelegenheit sofort zu einer Sitzung einberufen werde. Demselben Zweck dienten Besprechungen, die der Staatssekretär gestern abend persönlich mit dem Generalsekretär hatte.

Heute vormittag wird noch bekannt, daß der **litauische Außenminister** dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt habe, er sei bereit, am 18 Februar in Genf zu erscheinen, um sein Land in der Memel-Affäre zu vertreten. Gestern hatte Herr Zaunius telegraphiert, es sei ihm nicht möglich, vor dem 24. Februar zu kommen. In Völkerbundskreisen äußert man eine gewisses Befremden über die merkwürdige Haltung des litauischen Außenministers gegenüber dem Völkerbund, dessen Generalsekretär sich seit dem deutschen Antrage bemüht, die Angelegenheit schleunigst vor den Völkerbundsrat zu bringen.

Litauische Verbände wollen auf Memel marschieren

Berlin, 11. Febr. Wenn von offizieller und offiziöser litauischer Seite versucht wird, die Vorgänge in Memel zu bagatellisieren und das Vorgehen gegen den Präsidenten des Landesdirektoriums als eine unbedenkliche Rechtshandlung zu bezeichnen, so stehen dem die zahlreichen Nachrichten über die **Aktion der litauischen Schützenbünde** gegenüber. Der ursprünglich für heute beabsichtigte Aufmarsch dieser Verbände ist zwar nicht erfolgt, aber es ist anzunehmen, daß er in den nächsten Tagen, vielleicht sogar schon übermorgen durchgeführt werden wird Schon Ende Januar hatten sich etwa **5000 litauische Schützen der Regierung in Kowno zur Verfügung gestellt, um die Memelregierung zu beseitigen.** Zahlreiche Beamte, die Mitglieder der Schaulisten-Verbände sind, sind von ihren Behörden beurlaubt worden, um sich an den Aufmärschen und Versammlungen dieser Verbände zu beteiligen. Bemerkenswert ist, daß zwar deutsche Versammlungen im Memelgebiet verboten werden, aber den Litauern ein Demonstrationszug erlaubt ist, der sogar von amtlicher litauischer Seite gefördert wird. Diese Demonstration soll in der Form eines Marsches auf Memel am 16. Februar (dem litauischen Unabhängigkeitstage) erfolgen und soll zweifellos die endgültige Beseitigung der Autonomie des Memmellandes vorbereiten.

Direktoriumsbildung für das Memelgebiet von den Mehrheitsparteien abgelehnt

Memel, 11. Febr. Der Gouverneur des Memelgebietes, **Merkys,** hat dem Präsidenten des Landtages, von Dreßler, offiziell den Vorschlag gemacht, **in Verhandlungen über die Bildung eines Direktoriums einzutreten.** Der **Ausschuß,** der am Montag von den Fraktionen der Mehrheitsparteien des Landtages gebildet worden ist, um zu allen Fragen Stellung zu nehmen, die im Zusammenhang mit der Enthebung des Direktoriums Böttcher auftauchten, **hat beschlossen, dem Gouverneur ein Schreiben zu überreichen.** In diesem Schreiben, wird u. a. ausgeführt: **Wir berufen uns auf das Ihnen am 6. Februar übergebene Protestschreiben. Nach der darin zum Ausdruck gebrachten Rechtsauffassung sind wir nicht in der Lage, Vorschläge für die Besetzung des Postens eines Präsidenten des Direktoriums zu machen, solange die Angelegenheit des Präsidenten Böttcher nicht völlig geklärt worden ist und solange der Völkerbundsrat in Genf nicht darüber verhandelt hat.**

Tolischus verhindert Kreistags-Neuwahlen

Memel, 11. Febr. Die vom Direktorium Böttcher für den 15. Februar d. J. festgesetzten Neuwahlen zum Memeler Kreistag sind jetzt vom Direktorium Tolischus auf unbestimmte Zeit ausgesetzt worden.

Oberstaatsanwalt findet keine Handhabe gegen Böttcher

Memel, 11. Febr. Bekanntlich war geplant, gegen **Präsident Böttcher wegen seiner Berliner Reise ein Verfahren wegen Landesverrats einzuleiten. Wie jetzt aus Kowno zuverlässig verlautet, soll der Oberstaatsanwalt des Kriegsgerichts festgestellt haben, daß das vorgelegte Material nicht ausreiche, um wegen Landesverrats gegen Präsident Böttcher ein Verfahren einzuleiten.**

*

Die deutschen Forderungen in der Memelangelegenheit.

T.U. **Genf,** 11. Febr. Zwischen dem Völkerbundssekretariat und der deutschen Abordnung haben am Donnerstag Beratungen über die Memelfrage stattgefunden. Die Reichsregierung dürfte im Völkerbundsrat folgende vier Forderungen an die litauische Regierung stellen:

1. Nichtigkeitserklärung sämtlicher von der litauischen Regierung während der letzten Vorgänge in Memel ergriffenen Maßnahmen.

2. Sofortige Absetzung des von der litauischen Regierung gewaltsam gebildeten Direktoriums und Wiedereinsetzung des bisherigen verfassungsmäßigen Direktoriums.

3. Eine amtliche Erklärung der litauischen Regierung auf strengstes Einhalten der Memelkonvention und des Memelstatuts für die Zukunft.

4. Sofortige Absetzung des Gouverneurs Merkys.

Die litauische Regierung wird, wie jetzt bereits bekannt wird, im Völkerbundsrat den Standpunkt vertreten, daß ein Rechtsbruch der Memelkonvention nicht vorliegt und daß Merkys zu der Absetzung des Direktoriums berechtigt war. Diese Behauptung entbehrt jedoch jeder Rechtsgrundlage, da die Memelkonvention keinerlei Bestimmungen enthält, die dem litauischen Gouverneur des Memelgebietes das Recht einräumen, den Präsidenten und das Direktorium des Memelgebietes abzusetzen. Ueber die Maßnahmen, die im Falle einer Weigerung der litauischen Regierung, die deutschen Forderungen anzunehmen, durch den Völkerbundsrat ergriffen werden müßten, sind die Verhandlungen noch im Gange.

*

Ein deutsches Kriegsschiff nach Memel?

T.U. **Königsberg i. Pr.,** 11. Febr. In dreispaltiger Aufmachung bringt die „Königsberger Allgemeine Zeitung" die Meldung über die Gefahr einer litauischen Jungschützen-Invasion in das Memelland und fordert die Entsendung eines deutsches Kriegsschiffes nach dem Memelgebiet. Dieses hätte natürlich nicht die Aufgabe eines kriegerischen Eingreifens, sondern lediglich die selbstverständliche Pflicht, die durch den „Marsch auf Memel" gefährdete deutsche Bevölkerung in Litauen zu schützen und gegebenenfalls an Bord zu nehmen, falls es zu weiteren Zusammenstößen und zu Blutvergießen kommen sollte. Wie weit diese Erwägungen gediehen sind, stehe noch nicht fest, aber es mache sich auch in Berliner politischen Kreisen eine steigende Stimmung dafür bemerkbar, die vor der Genfer Regelung einen tatkräftigen Schutz der im Memelgebiet wohnenden Deutschen nachdrücklich forderten.

Die französische Gegenrechnung

zu den deutschen Feststellungen

Paris, 10. Febr. Das französische Finanzministerium veröffentlicht eine **Darstellung über die deutschen Reparationszahlungen,** die als Entgegnung auf die deutsche Erklärung vom 29. Januar gedacht ist. Die französische Darstellung kommt schließlich nach Aufführung einer Reihe von Zahlenangaben, die in schroffstem Gegensatz zu den deutschen Feststellungen stehen, zu einem Gesamtwert der **französischen Einnahmen in Höhe von 8199,7 Millionen Mark,** während, wie weiter ausgeführt wird, der Wert dieser französischen Einnahmen sich nach der **deutschen Aufstellung** auf 10 651,8 Millionen Mark belaufen würde. Die **Gesamtzahlungen** belaufen sich nach Pariser Darstellung auf 22,3 Milliarden Mark, während Deutschland behauptet, 37,6 Milliarden Mark gezahlt zu haben. Der Anteil Frankreichs mit 8150 Millionen Mark (d. h. 50 Milliarden Franken) sei nur die Hälfte dessen, was die Wiederaufbaukosten im zerstörten Gebiet gekostet haben. Deutschland schulde also nochmal etwa diesen Betrag, abgesehen von den Summen, die Frankreich an England und Amerika zu zahlen habe.

*

Eine französische Erklärung über die bisherigen deutschen Leistungen

Paris, 10. Febr. Das französische Finanzministerium veröffentlicht eine längere Auslassung über die deutschen Zahlungen an die Reparationsgläubiger, die als Entgegnung auf die deutsche Erklärung vom 29. 1. gedacht ist. Die französische Darstellung kommt schließlich nach Aufführung einer Reihe von Gesichtspunkten und Zahlenangaben, die in schroffstem Gegensatz zu den deutschen Feststellungen stehen, zu einem Gesamtwert der französischen Einnahmen in Höhe von 8199,7 Millionen Mark.

Tilgungssätze der Realkreditinstitute

Berlin, 10. Febr. Im Hinblick auf die schwierige **Lage des Neuhausbesitzes** und in dem Bestreben, die weitere **Senkung der Neubaumieten** zu fördern, hat der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister die Spitzenverbände der Realkreditinstitute gebeten, bei der Bemessung der Tilgungssätze von Tilgungshypotheken ein möglichst weitgehendes Entgegenkommen zu üben. Der Reichsarbeitsminister bezeichnet es als erstrebenswertes Ziel, daß allgemein **ein Tilgungssatz von 0,5 Prozent zur Regel wird** und nur da Tilgungssätze von mehr als 0,5 bis 1 Prozent festgehalten werden, wo dies nach Lage des Einzelfalles unbedingt geboten ist. In dem Rundschreiben betont der Reichsarbeitsminister erneut seine grundsätzliche Auffassung, daß für die Finanzierung des Wohnungsbaues das System der Tilgungshypotheken unbedingt den Vorzug gegenüber den gewöhnlichen Kündigungshypotheken verdient

Mussolini beim Papst

Rom, 11. Febr. Die Audienz des italienischen Regierungschefs beim Papst dauerte eine Stunde. Die Unterredung unter vier Augen fand in der Privatbibliothek **Pius XI.** statt. Anschließend machte Mussolini dem Kardinalstaatssekretär **Pacelli** seinen Besuch. Mussolini zeigte sich über seine Aufnahme sehr befriedigt und erklärte seiner Umgebung, er habe eine wirklich schöne Audienz erlebt. Der Besuch Mussolinis in der Vatikanstadt, der mit einem offiziellen Gang durch die Peterskirche abschloß, trug den Charakter eines Staatsbesuches. Ihm wurden von der Schweizer Garde und dem päpstlichen Hofstaat Ehrenbezeugungen erwiesen, wie sie sonst nur Staatsoberhäuptern zustehen. Der Gegenbesuch durch Kardinalstaatssekretär Pacelli im Palazzo Venezia fand nachmittags statt.

Waffenstillstand in China

Schanghai, 11. Febr. Dank der Vermittlung des französischen Paters Jacquinot, der im Weltkriege einen Arm in der Schlacht bei Verdun verlor, ist für das Gebiet von Tschapei **ein vierstündiger Waffenstillstand abgeschlossen worden,** der morgen vormittag um 8 Uhr beginnt. Dieser Waffenstillstand soll es den chinesischen Frauen und Kindern ermöglichen, Tschapei zu verlassen und sich in die internationale Konzessionszone zu begeben.

*

Protest des amerikanischen Konsuls von Schanghai

Paris, 11. Febr Havas meldet aus Schanghai, der amerikanische Konsul habe beim japanischen Konsul dagegen protestiert, daß **zwei Bomben eines japanischen Flugzeuges in der internationalen Zone niedergegangen sind, wodurch fünf Chinesen getötet und 16 verletzt wurden.**

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[29

„Wie gut du bist! Und ich komme so bettelarm in dein reiches, schönes Heim."

Ihn durchzuckte es. Elme befand sich im Irrtum. Sie war ja nicht arm. Ein bedeutendes Vermögen lag für sie bereit. Und sie würde es ja auch nun erfahren, denn eine Heirat löschte jede Vormundschaft aus. Doch er wollte es ihr nicht sagen. Sie sollte von ihrem bisherigen Vormund in Kenntnis gesetzt werden. Er fragte nur:

„Sag mal, kleine Elme, angenommen, du würdest plötzlich reich sein, würde mir dann deine Liebe auch noch gehören?"

Fassungslos sah sie ihn an, den großen Blumenstrauß fest an sich drückend. In ihren Augen standen zwei große glitzernde Tränen.

„Das kannst du von mir glauben? Du glaubst, ich liebe dich, weil du reich bist? Weil dir Schloß Werdenberg mitgehört? Wie klein du von mir denkst, Dietrich! Und wenn mir heute Millionen durch Zufall in den Schoß fielen, für mich würde es immer nur einen Mann auf der ganzen weiten Welt geben — dich!"

„Elme!"

Er riß sie an sich, bedeckte den rosigen Mund mit heißen Küssen. Tief dankbar erkannte er diese erste, reine Liebe dieses jungen Geschöpfes. Und diese Liebe gehörte ihm, ihm! War dieses Glück denn nur auszudenken?

Eine halbe Stunde später fuhren sie weiter. Sie kamen gerade gegen Mittag im Hause der Geheimrätin an. Feinfühlig hatte Frau von Löwenried ihre Töchter zum Tennis geschickt. Sie ahnte, daß es Einschneidendes zu besprechen gab. Und halb und halb ahnte sie die ganze Wahrheit.

„Du mußt alles wissen, Tante Adelheid. Elme wollte diese Nacht um mich sterben, weil sie nicht an meine Liebe zu glauben vermochte und weil — nun ja, weil man ihr auch vielleicht über die früheren Verhältnisse zwischen den Gütern Rheinsbergh und Werdenberg eine irrige Ansicht eingeflüstert hatte. Vielleicht war es auch Absicht. Ich habe ihren Vater in Verdacht. Gesprochen haben wir noch nicht darüber. Ich habe Elme vom ersten Sehen an geliebt. Zu hoffen habe ich es nicht gewagt, daß mir ihre ganze Liebe gehören könnte. Und nun ist es doch gekommen. Ich brauche dir nicht zu erklären, wie glücklich ich bin."

Frau von Löwenried reichte ihm beide Hände.

„Und du weißt, wie ich mich über dieses Glück freue, Dietrich. Du kommst nun einmal von den Dörringschen Frauen nicht los; und es wäre nie eine andere Frau für dich in Frage gekommen, das sehe ich jetzt selber ein. Ich wünsche dir also von ganzem Herzen, daß dieses Glück dir erhalten bleibt, so lange du lebst!"

Er küßte ihre Hände.

„Ich danke dir, Tante Adelheid. Du hast mich stets sehr gut verstanden."

„Das freut mich, daß ich dein Vertrauen hatte. Doch wie ist denn das: Ich nehme an, daß du einen langen Brautstand nicht liebst. Wann soll die offizielle Verlobung sein? Und wie hast du dir alles Weitere gedacht? Ich brauche wohl nicht erst zu erwähnen, daß Elme selbstverständlich bis zu eurer Hochzeit unter meinem Schutz bleibt. Ueberdies werde ich sie schwer vermissen. Sie ist mir ans Herz gewachsen. Sie ist viel ernster und reifer als meine Töchter, die nichts wie Unfug anstellen und doch bedeutend älter sind als Elme. Sie paßt sehr gut für dich, Dietrich. Du bist ein Mann, der in puncto Frauen nur schwer zu befriedigen ist."

„Meinst du?" fragte er lächelnd.

„Das meine ich nicht nur, das weiß ich sogar ganz genau", sagte Frau von Löwenried und lächelte auch.

Nach dieser Unterredung, während der Elme sich drüben in ihrem Zimmer ihre eigenen Kleider wieder anzog, gingen Frau von Löwenried und Rheinsbergh wieder in den Salon zurück, wo Elme kurz darauf auch eintrat.

Das junge Mädchen sah hinreißend schön aus in dem blaßblauen Kleide. Das rotblonde Haar bildete einen wundervollen Kontrast, und auf der schmalen Schulter nickte eine große, schneeweiße Rose. Ihre Augen strahlten in einem solchen Glanz, daß Frau von Löwenried dachte: Mein Gott, wie wunderbar schön ist Elme von Dörring! Es ist kein Wunder, daß Dietrichs Liebe auf sie fiel. Nein, nein, es ist kein Wunder."

Rheinsbergh trat auf seine junge Braut zu. Er ergriff ihre Hände.

„Wie schön du bist, mein Liebling", sagte er leise. Dann setzte er hinzu: „Ich bin der Frage, wann Hochzeit und zuvor Verlobung sein soll, ausgewichen, Elme. Weil du in erster Linie zu bestimmen hast, ob wir noch lange warten wollen oder ob du recht bald zu mir kommen willst."

Elme senkte den Blick nicht. Groß und offen ruhte er in dem seinen.

„Ich möchte bald zu dir, Dietrich."

Er küßte sie. Zu sprechen vermochte er nicht. Endlich sagte er:

„Ich danke dir, Elme. Dann können wir also mit Tante alles Nähere besprechen."

Frau von Löwenried trat zu Elme, küßte sie auf das schimmernde Haar.

„Gottes Segen über dich und ihn, mein Kind."

Elme fiel der gütigen Frau um den Hals.

„Wenn ich an die Qualen dieser Nacht denke; und nun bin ich so glücklich!"

„Denke nicht mehr an all das Schlimme, denke nur noch daran, daß das Glück zu dir gekommen ist, Elme", sagte die alte Dame. Und dann saßen sie um den runden Tisch herum und besprachen die Verlobung und Hochzeit.

„Ich denke es mir so. Wir verschieben unsere Reise um volle acht Tage. Am Dienstag feiern wir hier in meinem Hause die Verlobung. Sonnabend darauf reise ich mit den drei Mädels ab. Wir bleiben vier Wochen anstatt sechs; und wenn wir heimkommen, ist dann so viel Zeit zu den Vorbereitungen, daß die Hochzeit im Oktober stattfinden kann.

(Fortsetzung folgt.)